



WSH Q&A

mit Dr. Josef Braml
- Midterms 2026

Thema

**Machtverschiebung im
Kongress, wachsende
Staatsverschuldung und die
Gefahr steigender Zinslast**

Midterms 2026

„Die eigentliche Herausforderung ist nicht Trump, sondern Amerikas strukturelle Krise“

Am 3. November 2026 wählen die USA das gesamte Repräsentantenhaus und rund ein Drittel des Senats neu – und entscheiden damit über die Mehrheitsverhältnisse im Kongress. Der Wahlausgang bestimmt maßgeblich, welchen gesetzgeberischen Spielraum Donald Trump in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit behält und inwieweit er für seine Vorhaben Kompromisse mit den Demokraten eingehen muss. Für Unternehmen und Anleger ist insbesondere relevant, welche steuerlichen und regulatorischen Veränderungen sowie staatlichen Ausgabenprogramme künftig durchsetzbar sind und wie diese die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen. Gleichzeitig setzen hohe Lebenshaltungskosten die Republikaner im Wahlkampf unter Druck und rücken die Kaufkraft der privaten Haushalte ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Debatte.

Inzwischen stellen auch einzelne republikanische Kandidaten Trumps Zollpolitik infrage – ein Zeichen dafür, wie stark die Folgen handelspolitischer Entscheidungen für Preise und Unternehmen den Wahlkampf prägen. Im Gespräch mit dem USA-Experten Dr. Josef Braml, der Teil des “Wissenschaftlichen Beirats der WSH” ist, beleuchtet unser Kollege Maximilian Klein die möglichen Wahlausgänge, die Perspektiven für Trumps verbleibende Amtszeit und die daraus entstehenden Chancen sowie Risiken für Konjunktur, Kapitalmärkte und europäische Unternehmen.



Maximilian Klein

Herr Dr. Braml, wie würden veränderte Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat Trumps wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum beeinflussen – und wo könnte er bei Steuern, Staatsausgaben und Zöllen auch ohne erneute Zustimmung des Kongresses handeln?

Dr. Josef Braml

Die Midterms entscheiden vor allem darüber, ob Donald Trump seine Politik institutionell absichern kann oder stärker auf exekutive Maßnahmen angewiesen sein wird. Sollte seine Partei die Kontrolle über beide Kammern behalten, wären Steuererleichterungen, Deregulierungen sowie industrie- und handelspolitische Vorhaben deutlich leichter umzusetzen. Verliert Trump hingegen eine oder beide Kammern, würde sich das politische System wieder stärker der klassischen Gewaltenschränkung annähern. Viele Gesetzesvorhaben könnten blockiert oder zumindest erheblich verzögert werden.

Allerdings sollte man den Handlungsspielraum des Präsidenten auch in diesem Fall nicht unterschätzen. Gerade in der Handels- und Zollpolitik verfügen Präsidenten über weitreichende Befugnisse. Trump hat bereits gezeigt, dass er bereit ist, diese Instrumente offensiv einzusetzen. Auch regulatorische Entscheidungen und Teile der Industriepolitik lassen sich über Ministerien und Behörden steuern, ohne dass dafür jedes Mal ein neues Gesetz erforderlich wäre. Für Unternehmen bedeutet dies: Selbst bei einem politisch geteilten Washington dürfte die wirtschaftspolitische Unsicherheit hoch bleiben.

Maximilian Klein

2024 warb Trump mit niedrigeren Lebenshaltungskosten; heute machen die Demokraten das Thema zu einem Schwerpunkt. Was erklärt diesen Rollenwechsel – und wie unterscheiden sich die wirtschaftspolitischen Antworten beider Parteien auf die Belastungen der privaten Haushalte?

Dr. Josef Braml

Die hohen Lebenshaltungskosten sind letztlich Ausdruck eines tieferen Problems: Viele Amerikaner haben das Gefühl, dass ihr Lebensstandard trotz harter Arbeit stagniert oder sogar sinkt. Genau dieses Gefühl relativen Statusverlusts war bereits einer der wichtigsten Faktoren hinter Trumps Erfolg. 2024 konnten die Republikaner die wirtschaftliche Unzufriedenheit erfolgreich gegen die damalige Regierung mobilisieren. Inzwischen versuchen die Demokraten, das Thema zurückzuerobern und die negativen Folgen von Trumps Politik, insbesondere die Preissteigerungen durch Zölle und den Irankrieg, in den Mittelpunkt zu stellen.

Dabei unterscheiden sich die wirtschaftspolitischen Rezepte deutlich. Die Republikaner setzen stärker auf Steuererleichterungen, Deregulierung, Zölle und die Förderung heimischer Produktion. Die Demokraten betonen staatliche Investitionen, soziale Entlastung und eine aktivere Industriepolitik. Interessanterweise nähern sich beide Parteien jedoch in einem Punkt an: Beide haben sich weit vom früheren Konsens einer möglichst offenen Globalisierung entfernt. Der Staat spielt inzwischen auf beiden Seiten eine größere Rolle als noch vor wenigen Jahren.

Maximilian Klein

Welche Verschiebungen in Wählerschaft und Parteien beobachten Sie seit 2024 – und sprechen diese für eine vorübergehende Proteststimmung oder einen dauerhaften Wandel der US-Wirtschaftspolitik, insbesondere bei Handel, Industriepolitik und Regulierung?

Dr. Josef Braml

Schon seit Längerem beobachte ich einen tiefgreifenden strukturellen Wandel. Die traditionelle Einteilung in wirtschaftsliberale Republikaner und sozialstaatlich orientierte Demokraten erklärt die politische Realität immer weniger.

Die Republikanische Partei hat sich zunehmend zur Stimme jener Wähler entwickelt, die sich durch Globalisierung, Migration und kulturellen Wandel benachteiligt fühlen. Gleichzeitig gewinnen die Demokraten stärkeren Rückhalt bei urbanen, gut ausgebildeten und technologieorientierten Wählergruppen. Wirtschaftspolitisch führt dies zu einer bemerkenswerten Entwicklung: Sowohl Republikaner als auch Demokraten unterstützen heute Formen staatlicher Industriepolitik, strategische Handelsbeschränkungen und Maßnahmen zur Sicherung nationaler Lieferketten.

Deshalb halte ich die aktuellen Veränderungen nicht für eine kurzfristige Protestbewegung. Vieles spricht dafür, dass wir einen langfristigen Paradigmenwechsel erleben. Die Frage lautet nicht mehr, ob der Staat in die Wirtschaft eingreift, sondern wie und zu wessen Gunsten.

Maximilian Klein

Wie stark begrenzen Staatsverschuldung und Zinslast die wirtschaftspolitischen Spielräume nach den Midterms?

Dr. Josef Braml

Die Verschuldung der USA entwickelt sich zunehmend zu einer strategischen Herausforderung. Die Vereinigten Staaten profitieren zwar weiterhin vom Status des Dollars als weltweite Leitwährung. Dennoch wachsen die fiskalischen Belastungen spürbar.

Steigende Zinskosten schränken den Spielraum künftiger Regierungen ein. Ein immer größerer Teil des Bundeshaushalts muss für den Schuldendienst aufgewendet werden, während gleichzeitig hohe Erwartungen an Verteidigung, Infrastruktur, Sozialausgaben und Industriepolitik bestehen.

Für die Kapitalmärkte entsteht daraus ein Spannungsverhältnis. Einerseits bleibt die amerikanische Wirtschaft vergleichsweise dynamisch und innovationsstark. Andererseits werfen die langfristigen fiskalischen Ungleichgewichte zunehmend Fragen nach der Nachhaltigkeit des wirtschaftspolitischen Kurses auf. Kurzfristig dürfte die Politik versuchen, diese Probleme zu überdecken. Langfristig werden die Vereinigten Staaten jedoch schwierige Priorisierungsentscheidungen treffen müssen.



Maximilian Klein

Wie gewichten Sie die drei Grundscenarien – republikanische Mehrheiten in beiden Kammern, einen geteilten Kongress oder demokratische Mehrheiten in beiden Kammern – und auf welchen wirtschaftspolitischen Kurs sollten sich europäische Unternehmer und Investoren für Trumps verbleibende Amtszeit einstellen?

Dr. Josef Braml

Historisch betrachtet verliert die Partei des Präsidenten bei Midterm-Wahlen häufig an Unterstützung. Deshalb erscheint ein vollständig republikanisch dominierter Kongress nicht als das wahrscheinlichste Szenario. Am ehesten rechne ich mit einem geteilten Kongress, in dem mindestens eine der beiden Kammern – voraussichtlich das Repräsentantenhaus, möglicherweise aber auch der Senat – von den Demokraten kontrolliert wird. Das würde zwar manche Projekte bremsen, die grundlegende Richtung der amerikanischen Politik jedoch kaum verändern.

Für europäische Unternehmen und Investoren ist entscheidend, dass mehrere Entwicklungen parteiübergreifend geworden sind: mehr wirtschaftlicher Nationalismus, stärkere Industriepolitik, strategische Konkurrenz zu China und ein zunehmender Fokus auf nationale Resilienz.

Europa sollte daher nicht davon ausgehen, dass eine mögliche Machtverschiebung in Washington automatisch zu einer Rückkehr der alten transatlantischen Ordnung führt. Die Vereinigten Staaten werden ihre wirtschaftlichen Interessen künftig noch konsequenter verfolgen als in der Vergangenheit.

Für europäische Unternehmen bedeutet dies, sich auf ein Umfeld einzustellen, das von geopolitischen Risiken, staatlichen Eingriffen und wirtschaftspolitischer Unsicherheit geprägt bleibt. Wer erfolgreich sein will, muss seine Abhängigkeiten reduzieren, Lieferketten diversifizieren und geopolitische Faktoren künftig ebenso ernst nehmen wie klassische Marktindikatoren.

Fazit

Die Midterms entscheiden über Tempo und Reichweite politischer Veränderungen. Die eigentliche Entwicklung reicht jedoch weit über eine einzelne Wahl hinaus: Die Vereinigten Staaten befinden sich in einem tiefgreifenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozess, dessen Folgen Europa noch über viele Jahre beschäftigen werden.

Dr. Josef Braml ist Politikwissenschaftler, USA-Experte und European Director der Trilateral Commission – einer einflussreichen globalen Plattform für den Dialog eines exklusiven Kreises politischer und wirtschaftlicher Entscheider/innen Amerikas, Europas und Asiens. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des WSH Family Office.